



Foto: A. Fortunato

v. l. Ronny Kühn, Doris Richter, Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Bettina Fortunato

Brandenburg vor sozialen EU-Kürzungen zugunsten Aufrüstung Die Linke Märkisch-Oderland erörterte Europapolitik

Für ihre Steigerung von Rüstungsausgaben will die EU eingeplante Mittel des Europäischen Sozialfonds verwenden. Die infolge des Beschlusses von Rat und Kommission zu erwartenden Kürzungen von Fördergeldern für Infrastruktur, Beschäftigung und soziale Projekte werden auch Brandenburg treffen. Das berichteten die Vorsitzende des Europaausschusses im Landtag, Bettina Fortunato, sowie Frederike-Sophie Gronde-Brunner, die bei dem Europaabgeordneten Helmut Scholz und in der brandenburgischen Linksfraction für Eurofragen tätig ist, auf einer Ver-

sammlung der Linkspartei Märkisch-Oderland. 70 Genoss*innen diskutierten hier am 4. November in Strausberg über linke Positionen im Europäischen Parlament. „Wo bleibt angesichts der beabsichtigten finanziellen Umschichtung der gesellschaftliche Aufschrei?“, fragten die beiden Expertinnen im Podium: Die Linke strebe eine EU an, die dem Frieden verpflichtet sei. Menschen müssten mehr zählen als Profit. Gerade soziale Aspekte auf allen Gebieten wie Klimaschutz, Arbeitsschutz, gute Löhne und fairer Handel sollten größere Beachtung finden. Auch

im EU-Parlament sei eine starke Verschiebung zu rechten Tendenzen zu beobachten, unterstrichen sie.

Für ein soziales, friedliches, klimagerechtes und demokratisches Europa setzt sich die Linke auch mit ihrem engagierten Programm für die Europawahlen 2024 ein, das über 400 Delegierte auf dem Parteitag Mitte November in Augsburg debattierten und verabschiedeten. Den Richtungsstreit hat die Linke mit dem Parteitag beendet. Neubesinnung und aktives Handeln sind nun angesagt.

Renate Adolph

**Endlich
ein Aufbruch**
Seite 3

**Rechtsextremen
Einhalt gebieten**
Seiten 4 und 5

**Friedenstüchtig
sein**
Seite 6

**Zehn Sichten
auf Migration**
Seite 7

◀ Linke vor Ort

Mitglieder diskutieren Situation der Linken



Mitgliederversammlung Anfang November in Hoppegarten: Die Tagesordnung wird geändert. Die Genossinnen und Genossen haben Redebedarf, wollen sich austauschen über die aktuelle Situation ihrer Partei. Am Ende der lebhaften Diskussion kritisieren sie in einer Stellungnahme die von Sahra Wagenknecht geplante Gründung einer Konkurrenzpartei zur Linken als unverantwortlich. Damit werde in Zeiten zahlreicher Krisen und des rechten Vormarsches die einzige relevante konsequente linke Partei in Deutschland gespalten. Die Mitglieder hier sind eng mit ihrer Partei und deren humanistischen Anliegen verbunden. Keine andere Partei habe zum Beispiel im Deutschen Bundestag immer wieder gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr,

gegen Aufrüstung und gegen Waffenexporte eingesetzt.

Viele der von Wagenknecht aufgeführten Inhalte seien unvereinbar mit denen der Linken wie konservative Werte, liberale Wirtschaftspolitik, die Verschiebung des notwendigen Umbaus für ein besseres Klima sowie Vorschläge, die Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber zu kürzen und für eine Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge. Lange debattieren die Versammelten das Thema Migration und einigen sich darauf, dass vor allem Fluchtursachen verstärkt und effektiv bekämpft werden sollten. Geflüchtete müssten in Deutschland schnell und unbürokratisch in Arbeit gebracht werden.

Zudem: Leider dringe Die Linke kaum mit ihren Forderungen zu

den Menschen durch. Ihr äußeres Erscheinungsbild sei verheerend. Mit Infoständen, Bürger- und Haustürgesprächen und guter Arbeit in der Gemeindevertretung wollen die Mitglieder vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern ihre linken Positionen verdeutlichen. Dafür wollen sie sich künftig in Workshops auch näher mit Beschlüssen der Partei zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz sowie mit wissenschaftlichen Erklärungen beschäftigen.

Die Teilnehmer unterstreichen in ihrer Stellungnahme, dass sich nach ihrer Meinung, die Mitgliedschaft in der Linken und die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem Verein, der dem Aufbau einer konkurrierenden Partei diene, politisch ausschließen und sich damit auch die Mitarbeit in Fraktionen der Linken auf allen Ebenen und die gleichzeitige Mitarbeit beim Aufbau eines Gegenprojektes verbiete.

Sie rufen alle Genossinnen und Genossen auf, gemeinsam einen Neuanfang zu wagen und der Partei trotz der gegenwärtigen Turbulenzen treu zu bleiben, sie zu stärken und neu aufzubauen: „Allen interessierten und uns wohlgesonnenen Menschen strecken wir die Hand aus und laden sie zum Mitmachen ein.

Lasst uns solidarisch zusammenstehen und unsere Partei weiterentwickeln!“ *r. a.*

Krieg im Nahen Osten

Veranstaltung des „kommunalpolitischen forums“ Brandenburg und des Vereins „alternativen denken“ Strausberg mit Kai Kleinwächter, Dozent für Wirtschaft

und Mitglied der Redaktion „Welt-Trends“:

Wie ist die ökonomische und gesellschaftliche Lage in Israel? Warum kommt es gerade jetzt zu

dieser Gewaltexplosion?

7. Dezember, 18 Uhr, Aula der Gesamtschule „Anne Frank“, Peter-Göring-Straße 24, 15344 Strausberg

◀ Linke vor Ort

Endlich ein Aufbruch!

Vier Delegierte aus MOL beim Europaparteitag

Aus Märkisch-Oderland nahmen vier Delegierte am Europaparteitag der Linken Mitte November in Augsburg teil: Ute Wunglück, Ronny Diering, Renate Adolph und Ursula Böttcher. Wir erlebten faire Debatten um Anträge, Änderungen, Erklärungen und Kandidat*innen zur Europawahl 2024. Uns freute die gute Atmosphäre des Aufbruchs und der gemeinsame Willen, im Interesse der Menschen, des Friedens, des Klimas und der Demokratie gestärkt aktiv zu sein. Endlich betrafen die Debatten wieder vornehmlich inhaltliche Aufgaben. Er habe das Gefühl, dass die Linke ihr Schicksal nunmehr wieder selbst in die Hand genommen habe, so brachte ein Delegierter seine Erleichterung zum Ausdruck.

Toll, dass so viele junge Leute aus allen Bundesländern dabei waren. Die Partei hat sich sichtbar verjüngt, auch mit neuen The-

men wie Digitalisierung. Auch die Welt hat sich verändert. Beeindruckend berichteten zahlreiche Teilnehmer*innen von ihren vielfältigen linken humanistischen Initiativen für Hilfsbedürftige, für eine friedliche Welt und gegen den erstarkenden Rechtsextremismus. Die Linke hat ihren Akku mit Selbstbewusstsein aufgeladen. Stolz verkündete der Geschäftsführer der Linken, Tobias Bank, dass seit dem 23. Oktober über 700 neue Mitglieder in die Partei eingetreten sind.

Ein Redner erinnerte in der Geburtsstadt von Bertolt Brecht an dessen Ausspruch: „Wer kämpft,

kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Renate Adolph



Foto: St. Wollenberg

v. l. : Ute Wunglück, Ronny Diering, Renate Adolph, Helmut Scholz, Ursula Böttcher

Linke Wirtschaftspolitik in Europa

Ines Schwerdtner kandidiert fürs Europaparlament

Zu einem Forum über linke Wirtschaftspolitik in Europa konnten wir am 15. November Ines Schwerdtner in der Geschäftsstelle der Linken in Strausberg begrüßen. Einigen sicher bekannt als Mitherausgeberin des „Jacobin“ und als Podcasterin von „Hyperpolitik“, ist sie als Kandidatin für das Europaparlament noch recht neu. Das Gespräch drehte sich vor allem um linke Industriepolitik. Unser Ziel sei eine antikapitalistische/sozialistische Wirtschaftsordnung, in der die Daseinsvorsorge für alle gesichert sei, weil sie nicht profitorientiert und die wesentli-

chen Kernaufgaben planvoll gestalten würden, unterstrich Ines Schwerdtner.

Ausführlich diskutiert wurde darüber, wie wir dahinkommen. „Wir müssten zunächst dafür sorgen, dass öffentliche EU-Gelder nicht bedingungslos an Konzerne fließen, die bei uns in Industriestandorte investieren“, betonte Schwerdtner. Linke müssten immer wieder darauf bestehen, dass Empfänger von EU-Geldern zu Gegenleistungen verpflichtet werden wie für Investitionen in Wohnungen, Kitas, Schulen und Ärzthäuser und in den ÖPNV. „Öffentliche

Gelder sollten zu öffentlichem Eigentum führen, so Schwerdtner. Die Linke auf Landesebene müsse für entsprechende Beispielprojekte sorgen. Um das umzusetzen, sollten die Vernetzung zwischen allen Parteiebenen ausgebaut und effektiviert werden.

Ines Schwerdtner wurde auf der Vertreter*innenversammlung der Linken im November in Augsburg auf Platz 5 der Kandidatenliste für die Europawahl im Juni 2024 gewählt, nach Martin Schirdewan, Carola Rackete, Gerhard Trabert und Özlem Demirel.

Ursula Böttcher

◀ Linke vor Ort



Der (un)aufhaltsame Aufstieg der AfD Linke demokratische Antworten werden gebraucht

Die AfD dringt in alle Bereiche der Gesellschaft vor. Dabei bildet die Partei den legalisierten Arm des rechten Milieus unter faschistischer Führung (Höcke, Flügel und Co). Sie radikalisiert Themen wie Militarisierung, Sparpolitik, Migration, Außenpolitik, Rassismus, Kultur, Bildung, Heimat- und Deutschtümelei. Die Partei profitiert von einem rechtsdrehenden gesellschaftlichen Klima, das aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus gefördert und stabilisiert wird. Linke, demokratische, sozialistische Antworten sind im Alltag der Menschen kaum präsent.

Darüber diskutieren Ende Oktober rund 60 engagierte Bürgerinnen und Bürger auf Einladung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. MOL, des „kommunalpolitischen forums“ Brandenburg und des Vereins „alternativen denken“ Strausberg in Rehfelde.

Die Referenten sind sich einig, Aufstieg und Wahlerfolge der AfD sind kein Naturgesetz, also aufhaltbar. Der Nährboden, auf dem die AfD ihren Kulturkampf austrägt, müsse ausgetrocknet und

der AfD/den Rechten mit konkreten Aktionen entgegengetreten werden. Allerdings gäbe es dafür keine Patentrezepte. Verschiedene Wirkmöglichkeiten, um die Partei zurückzudrängen, werden auf der Klausur beraten und zusammengetragen:

Wir müssen die Wahlerfolge der AfD analysieren und dann dagegen arbeiten.

In Schulungen und Workshops müssen wir die AfD-Programmatik auf bundesweiter, regionaler und kommunaler Ebene auf Widersprüche untersuchen.

Wir müssen aus linker Sicht Themen, Ereignisse, Fragen des Alltags beleuchten, von denen wir wissen, dass rechte Antworten darauf kursieren und dazu Infos und Argumentationsmaterial für die tägliche Arbeit vor Ort erstellen.

Wir müssen auf die Leute (auf der Straße, in Vereinen, überall dort, wo sie sind) zugehen, ihnen zuhören und widersprechen, aber sie nicht mit Phrasen zuschütten.

Die Linke müsse wieder stärker in gesellschaftlichen und politischen

Bereichen aktiv werden.

Zur Selbstkritik der Linken gehört die zu lange gepflegte Linie, dass die AfD in Wahlkämpfen nicht thematisiert werden solle, um sie nicht aufzuwerten.

Forderungen der AfD im sozialen Bereich, Beziehungen zu Russland oder Friedenspolitik, die auf den ersten Blick wie linke, wie unsere eigenen, aussehen können, sind ganz andere, wenn wir die Zusammenhänge, die Begründungen kennen. Das heißt aber auch, Schärfung unserer eigenen Programmatik.

Die AfD führt sich als Friedenspartei auf, tritt aber vehement für Aufrüstung und Kriegswirtschaft ein. Sie gibt sich als Vertreterin der „kleinen Leute“ und deren Interessen aus, fährt aber im Bundestag einen harten neoliberalen Kurs mit. Um ihn zu vertuschen opfert sie Flüchtlinge und Migrant*innen. Die AfD ist nicht Opposition, sondern in wesentlichen Fragen rechte Avantgarde dessen, was sie gegen die Ampelpolitik zu bekämpfen vorgibt.

Albrecht Maurer und Kerstin Kaiser

◀ Linke vo Ort

Linke Bündnispolitik gegen den rechten Vormarsch

Forum mit Landtagsabgeordnete Andrea Johlige

Am 9. November fand in Strausberg ein Forum über linke Antworten auf den rechten Vormarsch mit der LINKEN-Abgeordneten im Landtag Brandenburg Andrea Johlige statt. Es wurde souverän von Tom Kurz, Mitglied des Stadtverbandes, moderiert.

Andrea Johlige begann mit einer kurzen Analyse der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland. Sie konstatierte, dass wir uns in einer Zeit multipler Krisen, näher rückender Kriege und einer (getrieben durch die AfD) immer weiter nach rechts rückenden Parteienlandschaft befinden. Durch Corona sei die Mobilisierungskraft der LINKEN und anderer demokratischer zivilgesellschaftlicher kultureller Organisationen und Bewegungen stark eingeschränkt

worden. Außerdem werde DIE LINKE nicht mehr als oppositionelle Kraft im politischen Spektrum angesehen, seit sie in einigen Bundesländern Regierungsfunktionen ausübe. Stattdessen werde die AfD als Fundamentalopposition wahrgenommen.

Die Frage, wie linke Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden könne, wurde von den ca. 25 Anwesenden intensiv diskutiert. Linke müssten in die Lebensumfelder der Menschen gehen, um sie dort abzuholen, wo sie leben und ihre alltäglichen Probleme zu bewältigen haben. Das könnte mit Mieterinitiativen, Suppenküchen, Haustürgesprächen und anderen Projekten geschehen.

Andrea Johlige unterstrich, die gesellschaftliche Linke sollte über

interne Streitigkeiten hinwegsehen und angesichts der Tatsache, dass die AfD immer stärker werde, auch mit solchen politischen Kräften temporäre Bündnisse eingehen, die andere demokratische (nicht rechte) Positionen einnehmen. Das zeichne sich besonders im kommunalen Rahmen schon jetzt erfolgreich ab.

Mehrere Diskussionsteilnehmer forderten von der LINKEN eine klare Analyse begangener Fehler ein und eine politische Neuorientierung.

Antworten auf die Frage, wie linke Bündnispolitik in dieser Zeit gestaltet werden sollte, wurden nur ansatzweise gefunden. Nur in unserem täglichen Kampf können wir konkrete Formen finden.

Ursula Böttcher

Gedenken gegen das Vergessen

Am 9. November wurde in vielen Städten und Gemeinden der Opfer der Prognomnacht vor 85 Jahren gedacht. In Seelow putzten Mitglieder der Linken Stolpersteine vor den Haustüren ehemaliger jüdischer Einwohner, die in der Zeit des Hitlerfaschismus ermordet wurden. Schüler und Schülerinnen aus der 9. Klasse des Gymnasiums in Seelow halfen beim Reinigen. Sie hatten sich im Rahmen der „Jüdischen Woche“ mit dem Leben ehemaliger jüdischer Bewohner aus Seelow vertraut gemacht.

In Bad Freienwalde und Müncheberg erinnerten ebenfalls zahlreiche Bürger*innen an Gedenkstätten der Millionen Verfolgten und Toten.

Die Initiative „Bad Freienwalde ist bunt“ lud zu einem Spaziergang entlang einiger Stolpersteine in der Stadt ein. Während der Historiker

Dr. Reinhard Schmoock über das Leben und die Schicksale der ermordeten Juden berichtete, reinigten Mitglieder der Initiative Stolpersteine.

Anschließend fand an der Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge ein gemeinsames Gedenken mit der evangelischen Kirchengemeinde Oberbarnim-Nikolai statt. Mit etwa 60 Menschen war diese Veranstaltung so gut besucht wie lange nicht mehr. Pfarrer Björn Ferch zählte auf, wie sich die Situation der Juden während des Nationalsozialismus verschärfte. Der Bürgermeister der Stadt, Ralf Lehmann, mahnte, auch heute antisemitischen Aktivitäten in unserem Land entschieden entgegen zu treten und Dr. Schmoock berichtete über das jüdische Leben in Bad Freienwalde.

Traditionell zogen die Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde

mit ihren Kerzen durch die Stadt zur Nikolaikirche, wo ein Gedenkgottesdienst stattfand.

Das Hoftheater zeigte am Abend den Film „Die Wannseekonferenz“ im Rahmen der Reihe „Gegen das Vergessen“.

*Doris Richter
und Karin Klinger*



Fotos: A. Fortunato



◀ Kolumne

Kriegstüchtigkeit in Deutschland

Nach Veröffentlichungen einer Aussage von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erhielten wir die Frage: „Heißt kriegstüchtig, dass sich das ganze Volk auf Krieg einstellen muss?“

Unsere sehr betroffen wirkende Antwort lautet: „Im Prinzip JA, aber noch sind die gegenwärtigen 21 Kriege und 216 bewaffneten Auseinandersetzungen weit weg, aber können jeden Tag eskalieren!“

Kriegstüchtig charakterisiert die gegenwärtige neue geopolitischen Lage. Dabei geht es nicht nur um die Bundesrepublik und auch nicht darum, dass alle Bürger Reservisten werden sollen. Es vermittelt den Eindruck, dass die Menschen auf immer schwerwiegendere politische und wirtschaftliche Folgen vorbereitet werden sollen. So werden schon jetzt wieder höhere Preise für Gas, Benzin und Strom angekündigt und vor

einer neuen, höheren Inflationsrate gewarnt.

Das Militärische wird an die Öffentlichkeit gezerrt. Waffenlieferungen werden normal und Auslandseinsätze erweitert. Mit Sondervermögen und Streit wird um höhere Summen im Haushalt geworben. Pistorius warnte vor weiteren Kriegsgefahren in Europa: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte“, sagte er im ZDF. „Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Bei der Modernisierung dringt er auf Tempo: Zwei Drittel des Sondervermögens seien bereits vertraglich gebunden. (dpa)

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird die deutsche Armee mit einer schweren Kampfbrigade an

der Ostflanke, das sind rund 4000 Soldaten, dauerhaft in Litauen stationiert. Zur Entspannung trägt das an der russischen Grenze bestimmt nicht bei.

Die Linke fordert: „Wir brauchen endlich globale diplomatische Konfliktlösungsstrategien und eine präventive, auf Frieden und Stabilität ausgerichtete Außenpolitik!“ Aufrüstung und militärische Abschreckung haben unsere Welt in den letzten Jahren offenkundig nicht sicherer und schon gar nicht friedlicher gemacht.

Sollen wir uns an den Krieg und die militärische Gewalt gewöhnen?

Sollen wir uneingeschränkt für Rüstung und Waffenlieferungen stimmen?

Sollen wir abgestumpft das Töten in der Welt dulden?

Alles nach dem Motto – nur nicht vor meiner eigenen Haustür!

Reiner Donath und Gerhard Schwarz

Die Linke Seelow sagt NEIN

Kriegstüchtig müsse das Land werden, fordert Verteidigungsminister Boris Pistorius und meint damit explizit nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die gesamte Gesellschaft. Seine Begründung: Auch Deutschland müsse sich bei einem ganz Europa betreffenden Krieg verteidigen können. Dabei verschweigt er, dass es nicht zuletzt die Bundesregierung ist, die

die Kriegsgefahr mit befeuert: durch massive Aufrüstung, die Militarisierung der Gesellschaft, die Lieferung von Waffen in alle Welt und die Weigerung, Diplomatie und Deeskalation in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.

Wir Die Linke Seelow, Stadt des Friedens, sagen NEIN. Deutschland muss nicht kriegstüchtig, sondern friedentüchtig werden!

Wir meinen: Nicht immer auf weitere Aufrüstung und militärische Abschreckung setzen, sondern diplomatische Konfliktlösung und die Milliarden Euro, die für Aufrüstung vorgesehen sind, für friedliche Projekte verwenden!

Doris Richter



Foto: A. Fortunato

Milliarden für Kriege

Laut Schätzungen bräuchte es 33 Milliarden US-Dollar pro Jahr, um Hunger aus der Welt zu schaffen. Deutschland allein gibt 55 Milliarden pro Jahr für Rüstung aus. Alle Staaten der Welt zusammen verschwenden 2.000 Milliarden für Kriegsgerät.

◀ Zeitzeugen

Migration aus der Sicht junger Afrikaner Beeindruckende Ausstellung im Rathaus Strausberg

Noch bis zum 20. Dezember kann die Ausstellung „10 Views on Migration“ (zehn Sichten auf Migration) im Foyer der Stadtverwaltung Strausberg, Hegermühlenstraße 58, werktags von 10 bis 18 Uhr, besucht werden. Zehn kurze Dokumentarfilme sowie Schautafeln berichten hier auf einfühlsame Weise über Aus- und Einwanderungsgeschichten aus dem Blickwinkel junger afrikanischer Flüchtlinge. Die multimediale Schau, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde, bildet einen wichtigen Beitrag in der gegenwärtigen, teilweise heftigen, Debatte über Migration, Zuwanderung und Integration, die von Populisten geschürt wird. Die Ausstellung soll demgegenüber dazu beitragen, die Menschlichkeit nicht zu vergessen. Bei der Eröffnung am 8. November wies Bürgermeisterin, Elke Stadler, darauf hin, dass in Strausberg Menschen aus 90 Nationen leben. „Wir haben uns den Herausforderungen gestellt und das tun wir in Ruhe und ohne Aufregung zusam-

men mit allen Akteuren und Betroffenen“, betonte sie.

Gerd-Rüdiger Stefan, der als Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Situation von Migration in Südafrika miterlebte, unterstrich, dass die zu lösenden Aufgaben dort, um ein Vielfaches höher seien als in Europa und Deutschland.

Zumeist werde über Menschen in Migration gesprochen, selten mit ihnen, hob die Kuratorin der Ausstellung, Hildegard Kiel, hervor. Der größte Teil von Migration finde innerhalb einer Heimatregion oder eines Kontinentes statt, betonte sie.

„Als Einwanderer befinden wir uns permanent in einer Falle zwischen dem Druck unserer Herkunftsfamilien und der Gesellschaft, in der wir leben“, erklärte einer der Filmemacher, Muhammed Lamin Jadama aus Gambia. „Ich war gezwungen zu migrieren, um zu überleben.“

Ronny Kühn, amtierender Co-



Muhammed Lamin Jadama und Hildegard Kiel

Kreisvorsitzender der Linken Märkisch-Oderland, schilderte bei der Eröffnung zudem, wie sehr ihn die eindrucksvolle Geschichte eines Arbeitskollegen über dessen langen Leidensweg von Afghanistan bis nach Deutschland bewegt habe. Sie lasse ihn noch immer nicht los. Dabei empfahl er, sich mehr mit Migrant*innen zu unterhalten und ihnen zuzuhören.

Meinhard Tietz

Vorsitzender des Vereins alternativen denken Strausberg

◀ Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Wasserhaushalt in der Lausitz

Mit dem Ende des Braunkohlebergbaus wird auch die Einleitung von Sumpfungswässern in die Spree entfallen, die derzeit etwa 50 Prozent, im Sommer bis zu 75 Prozent der Wasserführung der Spree ausmachen.

Ein Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes schlägt den Ausbau von Speicherkapazitäten in der Spree und die zeitweise Überleitung von Wasser aus der Elbe vor, um die Wasserversor-

gung von Bevölkerung, Wirtschaft und dem Spreewald zu sichern. Das Umweltministerium Brandenburg will nun weitere langwierige Untersuchungen folgen lassen und erst 2027 eine Entscheidung zu den Vorschlägen treffen. Dazu erklärte der Landtagsabgeordnete Thomas Domres: „Für Die Linke ist das viel zu spät, denn an der stabilen Wasserversorgung hängt auch der Strukturwandel, der jetzt vorangebracht werden

muss.“ In einem Landtagsantrag hat die Fraktion deshalb vorgeschlagen, auf der Grundlage eines in der Lausitz erarbeiteten Leitbildes zu schnellen Entscheidungen zu kommen.

Die Koalitionsfraktionen haben dies abgelehnt, ohne zu erklären, wie Entscheidungen zum Strukturwandel ohne Kenntnis über die zukünftig verfügbaren Wassermengen möglich sein sollen.

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (MdL)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

(Nach Vereinbarung)

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag

10.00 - 12.30 Uhr

Dienstag bis Donnerstag

12.30 - 15.00 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. Dez. 2023

Erscheinen: 2. Jan. 2024

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei Die Linke MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Ronny Kühn und Doris Richter, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: Die Linke MOL, privat

◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle
der LINKEN in Strausberg.**

Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

DIE LINKE hilft: Kostenlose Rechtsberatung

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

Die Linksfraktion des Kreistages MOL

trifft sich am **13. Dezember**, 15.30 Uhr, im Kreiskulturhaus Seelow,
Erich-Weinert-Straße 12.

Ab 17 Uhr tagt der Kreistag im Kreiskulturhaus

Eisbrenner – Brückenbauer zwischen den Welten



„Wenn Politik versagt, muss Kultur die Völker verbinden!“ Unter diesem Motto fand am 14. November in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin ein Konzert mit Tino Eisbrenner statt. Dem Motto wurde der Künstler gemeinsam mit dem Musiker Uwe Fischer sowie im anschließenden Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten der Linken, Gesine Löttsch vollkommen gerecht. Seine Lieder – von lyrisch-melancholisch bis beißend-satirisch – brachten diese politische Position zum Ausdruck und rissen das Publikum zum Mitsingen und zu begeistertem Beifall hin.

Eisbrenner betonte: „Im Krieg stirbt

die Wahrheit zuerst.“ Er berichtete aus eigener Anschauung, wie einseitig und interessengeleitet die deutsche Öffentlichkeit von Politik und Medien über die Kriege, die um uns toben, informiert werde. Er verwies bei der Wahrheitsfindung auf die israelische Schriftstellerin Debora Feldmann (ZDF oder YouTube: Markus Lanz - Deborah Feldman).

Und der Songwriter berichtete von seiner Teilnahme an einem internationalen Contest in Moskau im Mai 2023. Danach habe er sehr großen Zuspruch, aber auch vernichtende Kritik erfahren. Die kulturelle Brücke, die er mit seinem Auftritt bauen wollte, sei sehr unterschiedlich bewertet worden. Und das auch unter Linken. Mit seinem Appell, keine Gräben zwischen Linken aufzureißen, nicht in verschiedenen Demos jeweils das eigene Mütchen zu kühlen, sondern gemeinsam für Frieden und Völkerverständnis einzutreten, traf er im Saal auf breite Zustimmung.

Empfehlenswert ist auch Eisbrenners neuestes Buch „Kraniche“ (edition bodoni).

Ursula Böttcher